

WIKIPEDIA FÜR FALSCHINFORMATIONEN MISSBRAUCHT



Wikipedia wird genutzt, um Falschinformationen zu verbreiten. Die IGFM hat vergeblich versucht, in Wikipedia eine Richtigstellung der Fakten zu erreichen. Bild: TM [Wikimedia Foundation, Inc.](#)

Wer Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) werden will, muss seit Beginn der achtziger Jahre folgende Erklärung unterschreiben:

„Mit der Satzung und den Zielen der IGFM bin ich einverstanden und beantrage die Aufnahme. Zugleich erkläre ich, dass ich die freiheitlich demokratische Grundordnung anerkenne und keiner extremistischen Vereinigung angehöre.“

Die IGFM wurde 1972 in Frankfurt am Main gegründet. Ihrer Satzung entsprechend setzt sie sich für die bürgerlichen und politischen Rechte ein. Zu Beginn ihrer Arbeit galt ihr Augenmerk der Menschenrechtslage in den Ländern jenseits der Mauer und des Eisernen Vorhangs.

Wegen ihres Engagements für die Freilassung politischer Gefangener in der DDR erklärte der Minister für Staatssicherheit der DDR, Generaloberst **Erich Mielke**, die IGFM, damals noch Gesellschaft für Menschenrechte (GFM) – am 17.9.1975 zum Staatsfeind der DDR.

Erich Mielke befahl wörtlich, dass *„alle operativen Diensteinheiten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich den Aktivitäten der GfM und den auf diese zurückzuführenden Erscheinungen und Auswirkungen in der DDR die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sowie durch eine qualifizierte Informationstätigkeit zur Bekämpfung der GfM beizutragen“* haben. In der Folge wurde die IGFM durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) offen und verdeckt bekämpft. (siehe unten **ANHANG I, II, III und IV**)

In den von der **Gauck-Behörde** gesicherten Stasi-Unterlagen ist nachzulesen, dass für *„offensive Maßnahmen zur Störung, Verunsicherung, Lähmung bis zur Liquidierung feindlicher Kräfte im Operationsgebiet bzw. Stützpunkte im Innern der DDR“* Operationspläne angelegt wurden, die durch Agenten (IM, IMB und andere) zu erfüllen waren. In Zentralen Operativen Vorgängen (**ZOV**) wurden „Aktionen“ in allen Einzelheiten festgelegt. Entsprechend dieser Pläne wurden Fälschungen (z.B. Briefköpfe, Unterschriften) angefertigt, gefälschte Briefe und Pressemitteilungen im Namen von Vorstandsmitgliedern verschickt, Gerüchte und Lügen verbreitet, Gerüchte und Lügen mit Wahrheiten und Halbwahrheiten vermischt, Zeitabläufe bewusst verkürzt oder falsch dargestellt, um die IGFM in ein schlechtes Licht zu rücken und ihre Arbeit zu diskreditieren. Seit etwa 1984 wurde versucht, gezielt die IGFM als rechtsextreme Organisation darzustellen, die zudem mit Geheimdiensten zusammenarbeite, Diktaturen unterstütze und auf dubiose Weise finanziert werde.

Die IGFM wurde nicht nur vom MfS bekämpft, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland (westliche Bundesländer) von zahlreichen willigen, zum Teil bezahlten Helfern, von Mitgliedern kommunistischer Parteien und von Anhängern der Antifa angegriffen, die sich wiederum auf die falschen Informationen des MfS beriefen oder verließen. Die Angriffe gegen die IGFM haben nach dem Fall der Mauer nur kurze Zeit nachgelassen. Im Internet werden auch heute falsche Informationen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR verbreitet.

So die in **Wikipedia** aufgestellte Behauptung: *„Sie wurde 1972 als „Gesellschaft für Menschenrechte“ von Mitgliedern des Bundes russischer Solidaristen (Narodnyj Trudowoj Sojus) gegründet, einer Organisation aus dem Umfeld der antikommunistischen Weißgardisten, die der Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern im 2. Weltkrieg beschuldigt wurde.“*

Diese immer wiederkehrende Behauptung aus Stasi-Quellen ist falsch. Die IGFM wurde

1972 von 13 Personen gegründet, von denen einige persönliche Erfahrungen in sowjetischer Gefangenschaft machen mussten. Die Gründer kamen weder aus dem Umfeld der antikommunistischen Weißgardisten noch hatten sie mit den nationalsozialistischen Besatzern im 2. Weltkrieg kollaboriert oder sympathisiert. Die abgeleitete Folgerung, die IGFM werde bisweilen als Nachfolgeorganisation des NTS betrachtet, ist falsch.

Der als Quelle angegebene **Günter Platzdasch** war 1988/89 kurze Zeit Mitarbeiter der Pressestelle der IGFM-Geschäftsstelle. Ihm wurde gekündigt. Er hatte unter anderem den IGFM-Geschäftsbericht 1987/88, dessen Redaktion ihm anvertraut worden war, durch eigene unwahre Ausführungen verfälscht. Nach der Wende wurde der IGFM durch Einblick in die Stasi-Unterlagen bekannt, dass Herr Platzdasch früher engen Kontakt zu Abteilungen des MfS hatte und für Aktionen gegen die IGFM geworben werden sollte.

In einer „Operativen Auskunft der Abt. XII“, die als „streng geheim“ klassifiziert wurde, steht unter der Archivsignatur **„MfS AVA 440/87 C“** über Platzdasch, Günter *„... Seitens der Verwaltung Aufklärung des MfNV bestand seit Mai 1972 zum P. Kontakt. In der Folgezeit wurde mit ihm zusammengearbeitet, er lieferte Informationen und die Zusammenarbeit gestaltete sich kontinuierlich. Dabei lernte er die Arbeit mit operativer Technik kennen.“*

Der IGFM ist nicht bekannt, ob Herr Platzdasch zum Zeitpunkt seiner Beschäftigung für ausländische Dienste tätig war, bekannt ist aber der IGFM, dass die Zentrale Koordinierungsgruppe/Abteilung 5 unter Leitung von **Oberst Ullmann** Kontakt zu ihm suchte.

„Platzdasch, Günter hat sich trotz seiner fristlosen Kündigung Ende 1988 nicht von der IGfM getrennt. Er kämpft zielstrebig insbesondere gegen AGRUSOW an, den er als ‚obersten Despoten‘ bezeichnet und unternahm mehrfach nachweisbare Aktivitäten gegen die IGfM-Führung.“ (Anmerkung IGFM: Agrusow war Gründer und erster Geschäftsf. Vorsitzender der IGFM.)

Weiter heißt es dort: *„Es wird vorgeschlagen, dass dem Platzdasch, Günter ein Brief auf dem offiziellen Postweg aus der DDR zugestellt wird, auf dem als Absender die IMK/DA IM „Inge“ angegeben wird, und zur Familienfeier am 8.7.1989 und 22.7.1989 eingeladen wird. Der Brief ist so abgefasst, dass Platzdasch, Günter erkennt, dass es sich nicht um einen Verwandten handelt und er eine Einladung aus der DDR erhält, die ein Zusammentreffen mit Gegnern der IGfM beinhaltet.“*

Die IGFM hat mehrfach vergeblich versucht, in Wikipedia eine Richtigstellung zu

erreichen und hat auf die mangelnde Seriosität der Quelle Platzdasch hingewiesen. Die IGFM hält es zudem für unseriös, wenn Informationen, die einen Zeitraum betreffen, der über 20 Jahre zurückliegt, so in die Gegenwart projiziert werden, als handele es sich um aktuelle Auskünfte.

Die zweite dort angegebene Quelle ist der IGFM nicht bekannt. Wiederholten unwahren Behauptungen begegnete die IGFM exemplarisch mit einer Anzeige. Das Oberlandesgericht Oldenburg stellte am 28.11.1997 fest:

Für Recht erkannt:

„Die Beklagten werden verurteilt, es zu unterlassen, die Klägerin als Organisation revanchistischer und faschistischer Prägung zu bezeichnen, deren strukturelle Vernetzung und personelle Verflechtung von ultrarechten Gruppierungen wie der Pan Europa-Union, dem Witiko-Bund, diversen Geheimdiensten etc. bis hin zur rechtsextremistischen Wehrsportgruppe Hoffmann reicht und deren Aktivitäten sich im wesentlichen auf die Unterstützung von Diktaturen konzentrieren.“ (AZ. 13 U 62/97)

Die IGFM tritt für die Achtung der Menschenrechte, den Aufbau ziviler Gesellschaften und die Völkerverständigung ein. Sie tut dies seit 1972, kontinuierlich und ohne politische Ziele. Sie hat Tausenden Menschen beim Kampf um ihre Freiheit und ihre Menschenrechte beigestanden und wird in diesem Kampf fortfahren, unbeirrt fortgesetzter Versuche, unserem Ruf zu schaden.

Karl Hafen

Geschäftsf. Vorsitzender

ANHANG I

Auszug aus einem Papier der Zentralen Koordinierungsgruppe, unterzeichnet von Generalmajor Niebling (Datum nicht bekannt):

Konzeption

zur operativen Bearbeitung der Feindorganisation „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte im Rahmen des Zentralen Operativvorgangs „Zentrale“, Reg.-Nr. XV/3687/79

1. Zielstellung in der operativen Bearbeitung der IGfM

Die Zielstellung der operativen Bearbeitung der IGFM besteht in der Nachweisführung,

dass alle von ihr unternommenen Aktivitäten mit der Zielrichtung DDR und andere sozialistische Länder mit subversiven Absichten verbunden sind und deshalb alle Maßnahmen der Förderung und Unterstützung durch den Staatsapparat der BRD im krassen Widerspruch zum Völkerrecht stehen, sich gegen die Politik der Entspannung, des Dialogs und der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten richten, die Beziehungen belasten und den persönlichen Interessen der Menschen schaden.

Durch die beweiskräftige Offenlegung des subversiven Charakters der IGfM und der von ihr zur Anwendung gebrachten Mittel und Methoden zum Zwecke der Inspirierung und Organisation von Übersiedlungsersuchen durch Bürger der DDR unter dem Deckmantel der Menschenrechte und der auf dieser Grundlage durchgeführten Kampfmaßnahmen zu ihrer Verunsicherung und Zielsetzung sollen

- ihre Einfluß- und Einwirkungsmöglichkeiten auf Bürger der DDR und ihre Resonanz bei diesen Kräften eingeschränkt,
- ihre politische Basis bei führenden Politikern der BRD und im Staatsapparat unter den Bürgern der BRD verunsichert und geschwächt,
- die politische und materielle Unterstützung der Tätigkeit eingeschränkt bzw. beseitigt,
- der Anschein einer Menschenrechtsorganisation auf nationaler und internationaler Ebene zerschlagen werden.

ANHANG II

Beispiel einer Vorlage der Hauptverwaltung A Abteilung X/2 , Berlin 21.2.1984 555/wi aus dem Zentralen Operativen Vorgang: Zentrale, Aktion „Natter“ (hier Abschrift des Originals)

Aktion „NATTER“ hier: Maßnahmen gegen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) im Zusammenhang mit der Feindorganisation

Zur weiteren Bekämpfung der IGFM und ihrer subversiven Handlungen wird vorgeschlagen, in Vorbereitung der am 10./11. März 1984 stattfindenden Jahrestagung der IGFM aktive Maßnahmen mit der Zielsetzung durchzuführen, die IGFM in der Öffentlichkeit der BRD und Westberlin weiterhin als eine Einrichtung zu diskriminieren, die für die Bundesregierung und die westdeutsche Bevölkerung eine Belastung darstellt, sie in Widersprüche zur gegenwärtigen Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU zu bringen sowie sie als eine Organisation zu charakterisieren, die rechte und nationalistische

Positionen im Rahmen ihrer feindlichen Aktivitäten vertritt.

Die unmittelbar vor Jahrestagung der IGFM zu realisierende Maßnahmen sollen dazu beitragen, Unruhe und Unsicherheit unter den IGFM-Mitgliedern und ihren Förderern zu erzeugen sowie mögliche Aktionen auszulösen, die die IGFM zwingen können, sich verstärkt mit sich selbst zu beschäftigen. Die Wahl des Zeitpunktes der Maßnahmendurchführung, unmittelbar vor Tagungsbeginn, soll verhindern, dass noch vor Beginn der Beratung größere Absprachen zwischen IGFM-Mitgliedern bzw. mit der Frankfurter IGFM-Zentrale durchgeführt werden.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

1. In einer fiktiven Dokumentation gibt die IGFM eine Art „Standortbestimmung“ ihrer Tätigkeit auf der Grundlage ihrer weiteren „Internationalisierung“ und unter den Bedingungen einer unionsgeführten Bundesregierung und kommt zu dem Ergebnis, dass sich ihre Tätigkeit auch im vergangenen Jahr nicht wesentlich verbessert hat und die von der IGFM erwartete „Wende“ in der Deutschlandpolitik durch die „Halbherzigkeit“ der Bundesregierung nicht eingetreten ist.

Diese Dokumentation wird auf IGFM-Kopfbogen den Arbeitsgruppen der IGFM, BRD-, und Westberliner Massenmedien sowie an führende CDU/CSU-Politiker gesandt. Absender ist die IGFM-Zentrale in Frankfurt/M.

2. Führenden Vertretern der Landtagsfraktionen Hessen, insbesondere den Grünen, wird anonym ein angeblicher „interner Aktionsplan der IGFM“ anlässlich der Jahrestagung der Gesellschaft „zugespielt“, in dem Aktionen angekündigt werden, die sich vor allem gegen die Grünen richten und Unruhe in Frankfurt/M. erzeugen sollen. Ziel der Maßnahme ist es, entsprechende Gegenreaktionen durch Exekutiv-Organen der Stadt Frankfurt/M. zu erzeugen und damit die IGFM-Jahrestagung zu belasten.

3. In einer Pressemitteilung fordert ein fiktiver „Kreis junger IGFM-Mitglieder“ dazu auf, eine Jugendorganisation in der IGFM zu gründen. Die dargestellten Ziele dieser geplanten Jugendorganisation sind eindeutig rechtskonservativ und nationalistisch (ähnlich der Jugendorganisation der „Konservativen Aktion“) und könnten bei einer möglichen Publizierung die sich in der Öffentlichkeit als eine „parteipolitisch unabhängig“ gebende IGFM belasten.

Bei entsprechenden operativen Voraussetzungen ist geplant, diese Maßnahme fortzusetzen.

Die aktiven Maßnahmen werden mit der ZKG/5 vorbereitet und abgestimmt und werden Anfang März 1984 von Frankfurt/M. aus über die AG Grenze versandt.

*Leiter der Abteilung X der HVA, Oberst Wagenbreth
Leiter ZKG, Oberst Niebling*

(Anmerkung der IGFM: die Maßnahme wurde verwirklicht auf gefälschtem Briefpapier der IGFM und mit der gefälschten Unterschrift des damaligen Geschäftsführenden Vorsitzenden I. Agrusow)

ANHANG III

Auszug aus der Diplom-Arbeit von Hauptmann Hans-Dieter Schmidt, Juristische Hochschule Potsdam, vom 15.12.1978, niedergelegt als „Vertrauliche Verschlussache Nr. 386/78“:

„... In der letzten Zeit haben einflussreiche imperialistische Kreise offen erklärt, dass sie die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten vom Niveau der Durchsetzung der Menschenrechte in den östlichen Ländern abhängig machen wollen. (Referat des Genossen Minister auf der propagandistischen Großveranstaltung zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1978/79 am 16.12.78 im MfS, VVS MfS 008 , 71/78, S.52)

„Das erfordert, sagte der Genosse Minister in seinem Referat zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1978/79, von unserem Organ insgesamt und jedem einzelnen Mitarbeiter erhöhte Anstrengungen, um der sich daraus ergebenden wachsenden Verantwortung unseres Ministeriums für die Stärkung und den Schutz des Sozialismus, für die Aufklärung und Abwehr der feindlichen Pläne, Absichten und Aktivitäten, für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR stets voll gerecht zu werden. ...“

ANHANG IV

Auszug aus einer Diplomarbeit der Rechtshochschule Potsdam aus den achtziger Jahren:

„... In der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (West) existieren eine Reihe von Organisationen und Einrichtungen, die - von staatlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland und Behörden des Senats von Berlin geduldet und gefördert - sich der imperialistischen Menschenrechtsdemagogie bedienen und auf dieser Grundlage

